

Ausschuss für Kultur und Medien
Wortprotokoll *
48. Sitzung, Teil 1, öffentlich

Berlin, den 13.02.2008, 15:30 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: E.700

Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB

TAGESORDNUNG:

Vor Eintritt in die Tagesordnung S. 4

Tagesordnungspunkt 1a S. 4

Aktuelle Probleme der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
Gespräch mit Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

Tagesordnungspunkt 1b S.18

Unterrichtung durch die Bundesregierung
Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2006/2007
BT-Drucksache 16/7086

* Redaktionell überarbeitete Bandabschrift. Zu den Tagesordnungspunkten 2 - 6 siehe das Protokoll der 48. Sitzung, Teil 2, nichtöffentliche Beratung

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Bär, Dorothee
Börnsen, Wolfgang
Grindel, Reinhard
Grütters, Monika
Krings, Günter, Dr.
Wanderwitz, Marco

Albach, Peter
Blank, Renate
Connemann, Gitta
Michalk, Maria
Mißfelder, Philipp
Pawelski, Rita

SPD

Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Pries, Christoph
Tauss, Jörg
Thierse, Wolfgang, Dr. h.c.

Hendricks, Barbara, Dr.
Meckel, Markus

FDP

Otto, Hans-Joachim
Waitz, Christoph
Leibrecht, Harald (Gast)

DIE LINKE.

Jochimsen, Lukrezia, Dr.
Sitte, Petra, Dr.

B90/GRUENE

Göring-Eckardt, Katrin

Eid, Uschi, Dr.

Kurth, Undine (Gast)

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Olbertz	BKM
Hauer	BKM
Gronenberg	BfDI
Kobler	AA
Mundt	BMWi
Schikorski	AA
Köhr	BKM
Berger	AA
Gehrke	BKM

Bundesrat

Rebholz	LV Rheinland-Pfalz
Krämer	LV Mecklenburg-Vorpommern
Dietzen	LV Thüringen
Forst	LV Sachsen-Anhalt
Müller	LV Hessen
Vössing	LV Berlin

Fraktionen und Gruppen

Wettengel	CDU/CSU
Leberl	CDU/CSU
Scheele	DIE LINKE.
Butter	CDU/CSU
Friebel	SPD
Mühlberg	DIE LINKE.
Becker-Schwering	FDP
Olschanski	B 90/GRÜNE

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender: Ich kann allen Kolleginnen und Kollegen und natürlich auch allen Besucherinnen und Besuchern sagen, dass der Minister auf dem Wege ist und in wenigen Minuten hier sein wird. Ich darf deshalb zunächst einige Dinge aufrufen, die wir auch ohne den Minister klären können und nicht unbedingt im nichtöffentlichen Teil verhandeln müssen. Zunächst begrüße ich alle Kolleginnen und Kollegen dieses Ausschusses, des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik herzlich. Wir freuen uns alle, dass Sie hier sind und dass Sie mit uns gemeinsam das Gespräch mit dem Bundesaußenminister führen werden. Ich darf auch alle Besucherinnen und Besucher, alle Journalistinnen und Journalisten sehr herzlich zu dieser Sitzung begrüßen. In öffentlicher Sitzung werden wir gleich die Tagesordnungspunkte 1a und 1b aufrufen. Aber falls keine Bedenken dagegen bestehen, würde ich gerne, damit wir etwas Zeit gewinnen, den Ablauf der gesamten Sitzung klären. Die Obleute des Kulturausschusses schlagen Ihnen vor, das Thema Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung (TOP 3) heute nicht aufzurufen und die Tagesordnungspunkte 5a und 5b ohne Aussprache zu erledigen.

Als großen Tagesordnungspunkt haben wir dann das Gespräch mit Frau Birthler über den Achten Tätigkeitsbericht der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BT-Drs. 16/5800). Abschließend befassen wir uns dann mit den beiden Anträgen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Bundeswehrenmal. Wenn es von Ihrer Seite keine Bedenken gibt, werde ich so verfahren. Vielen Dank. Vielleicht noch ein paar ganz kurze Hinweise zum zeitlichen Ablauf. Das Gespräch mit dem Bundesaußenminister ist für circa eine Stunde geplant, so dass wir wegen der eingetretenen Verzögerung um 16.40 Uhr den öffentlichen Teil abschließen werden. Gleich anschließend folgt der nichtöffentliche Teil. Wie immer versuchen wir, um 18 Uhr unsere Ausschusssitzung zu beenden.

Tagesordnungspunkt 1a

Aktuelle Probleme der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
Gespräch mit Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

Vorsitzender: Meine Damen und Herren, ich freue mich ganz besonders, dass wir nunmehr schon zum zweiten Mal unseren Bundesaußenminister, Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier, hier bei uns haben. Ich sage das als Vorsitzender des Ausschusses und als Oppositionspolitiker. Wir haben Ihre Ausführungen bei Ihrem ersten Besuch hier im Ausschuss als sehr wohltuend und sehr prägnant empfunden und konnten einige positive Veränderungen feststellen. Sie haben den wohltuenden Worten einige wohltuende Taten folgen lassen und für Steigerungen im Budget gesorgt, denen der Deutsche Bundestag mit großer Freude seine Zustimmung erteilt hat. Wenn man ins Ausland reist und die Botschaften und die Goethe-Institute besucht, dann stellt man einen erheblichen Klimawandel zum Besseren hin fest. Diese Bemerkung wollte ich auch als Oppositionspolitiker nicht unterdrücken.

Zum ersten Mal hier im Ausschuss ist heute der neue Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes, Martin Kobler. Herzlich willkommen, Herr Kobler! Wir haben als Ausschuss den weisen Entschluss gefasst, uns vom Auswärtigen Amt für unsere Auslandsreisen Empfehlungen geben zu lassen. Herr Kobler hat sofort reagiert, und der Ausschuss hat sich seinen Empfehlungen sofort angeschlossen. Ich hoffe also, dass dieser Austausch zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Kultur Ausschuss weiterhin so vorteilhaft sein wird.

Meine Damen und Herren, wir haben den Bundesaußenminister hier zum Thema „aktuelle Probleme der auswärtigen Kulturpolitik“. Ich hoffe, er wird auch etwas über aktuelle Perspektiven und nicht nur über Probleme der auswärtigen Kulturpolitik sagen können. Formal haben wir aufzurufen den Bericht der Bundesregierung zur auswärtigen Kulturpolitik auf BT-Drucksache 16/7086. Genug der Vorrede, wir sind froh, dass wir Sie hier haben. Lieber Herr Dr. Steinmeier, Sie haben das Wort.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (Minister des Auswärtigen): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich lege Wert darauf, dass die Überschrift nicht von mir ist, sondern, glaube ich, vom Ausschuss gewählt, sonst hätte ich mich natürlich nicht auf Probleme der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik beschränkt. Ganz herzlichen Dank für die erneute Einladung. Man kann natürlich ausführlich theoretisch begründen, warum es der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als dritter Säule der Außenpolitik bedarf. Einige meiner Mitarbeiter und ich sind gerade heute Nacht von einer Reise aus Afrika zurückgekommen, Ghana, Togo und Burkina Faso. Wer immer Gelegenheit gehabt hat, über die Bedeutung der Kulturpolitik in der Außenpolitik nachzudenken, der sollte einen Schritt in diese Länder wagen und feststellen, wie bei so viel Hoffnungslosigkeit, die wir insbesondere in Togo festgestellt haben, gerade die Präsenz von Kulturpolitik, von deutscher auswärtiger Kulturpolitik ein bisschen Hoffnung vermittelt in einem ansonsten tristen Dasein, ein Dasein, das für viele Menschen das Morgen nicht immer sicher macht.

Zuletzt haben wir uns Projekte in Burkina Faso angesehen, das nach dem internationalen Entwicklungsstandard den vorletzten Platz vor Sierra Leone einnimmt. Vor allem mit deutschen Mitteln, auch dem persönlichen Einsatz eines deutschen Botschafters, ist dort ein Fußballinternat für 80 Kinder entstanden. Ein Teil der Kinder hat eine Biographie als Kindersoldat in der Elfenbeinküste, es sind Waisen, Straßenkinder, Kinder, die schon eine Karriere als Drogenkriminelle hinter sich haben und die in einem Auswahlverfahren nach ihren sportlichen Befähigungen ausgesucht worden sind. Dort im Internat haben sie zu einem Drittel täglichen Sportunterricht, konzentriert auf Fußball, zu zwei Dritteln Schulunterricht, so dass viele von ihnen hoffentlich ihre Hoffnung auf eine fußballerische Profikarriere entweder im eigenen Land, in Afrika oder außerhalb Afrikas erfüllen können. Aber auch diejenigen, die das nicht schaffen, werden dieses Internat jedenfalls mit einer abgeschlossenen Schulausbildung verlassen.

Das zeigt, dass selbst in einer solchen Umgebung die Investition von, ich glaube, über die Jahre hinweg einer einstelligen Millionensumme, viel Gutes bewirkt. Diejenigen, die das Projekt persönlich vor Ort betreuen – übrigens arbeitet dort auch ein ehemaliger deutscher Profifußballtrainer mit den Kindern, der wegen seiner langjährigen Frankreicherfahrung fließend Französisch spricht – leisten unter unglaublichen Bedingungen wirklich Hervorragendes. Ich betone dies, um deutlich zu machen, dass

ich nicht nur hier bin, um mich zu beklagen. Ich bin auch nicht nur hier, um neue Perspektiven zu entwerfen, sondern vor allen Dingen bin ich hier, um Dank zu sagen für die Zusammenarbeit mit Ihnen. Ich kann mich gut an unser erstes Zusammentreffen erinnern und daran, dass wir damals etwa noch zu klagen hatten über die bedauerliche Situation des Goethe-Instituts. Ich glaube, wir sind alles in allem ein großes Stück weitergekommen, und mir ist sehr bewusst, es wäre ohne Sie, was die politische Unterstützung in der Öffentlichkeit angeht, insbesondere auch ohne die Abgeordneten des Haushaltsausschusses, nicht gelungen. Deshalb herzlichen Dank.

Ich möchte einen Augenblick beim Stichwort Goethe-Institut verweilen. Uns allen sollte bewusst sein, dass wir das Goethe-Institut nicht nur vor einer düsteren Zukunft gerettet haben, sondern sich die Vorgabe, die zusätzliche Veranschlagung öffentlicher Mittel davon abhängig zu machen, inwieweit eine innere Reform des Goethe-Institutes gelingt, am Ende zum Wohle des Goethe-Instituts selbst auswirkt. Diese Vorgabe war Ergebnis einer Verabredung des Deutschen Bundestages mit uns im Auswärtigen Amt, nur so war das möglich. Mittlerweile, nach anfänglichen Unebenheiten, wird die Verschlankung, die wir in der Zentrale des Goethe-Instituts in München hinbekommen haben, als Fortschritt angesehen. Wir haben nie gesagt, dass es um die Reduzierung von Personal als Selbstzweck geht, sondern wir wollten eine Verschlankung der Entscheidungsvorgänge, die wir durch eine sehr weitgehende Budgetierung im Bereich des Goethe-Institutes begleitet haben. Außerdem entstand, Gott sei Dank, aufgrund der zusätzlichen Mittel für die auswärtige Kulturpolitik, tatsächlich mehr Gestaltungsspielraum, so dass mehr Programmarbeit und mehr Präsenz in der Fläche möglich sind. Das bedeutet für den Kontinent, von dem ich gerade komme, dass wir zwei Goethe-Institute wiedererstellen lassen, die in der Vergangenheit geschlossen wurden, und dazu vier Außenstellen, die deutsche Kulturpolitik wieder stärker sichtbar machen.

Wenn ich einen Augenblick bei Afrika bleiben darf, dann verbindet sich das, was wir im Bereich des Goethe-Instituts mit der Wiedereröffnung geschlossener Institute machen, mit der Aktivierung unserer auswärtigen Schulpolitik. Ich habe vor zwei Jahren schon signalisiert, dass der Bedarf an deutschen Sprachlehrgängen und die Nachfrage nach dem Besuch deutscher Schulen weit oberhalb unseres Angebotes liegt. Dieser hohe Bedarf hat sich in den letzten zwei Jahren, in denen ich in Lateinamerika, in Afrika, in Asien gereist bin, überall bestätigt. Deshalb bin ich froh, dass der Deutsche Bundestag dem Votum gefolgt ist, mehr deutsche Sprache und mehr deutsche Schulen anzubieten. Wir hoffen, dass wir in absehbarer Zeit die Zahl der deutschen Partnerschulen verdoppeln können, innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre nämlich von 500 auf 1000. Wenn uns das gelingt, wäre das ein Riesenschritt. Sie werden es bei Ihren Reisen überall erleben, der Bedarf nach deutscher Beschulung ist weit größer, als Pisa es hierzulande vermuten lässt.

An dieser Stelle sehe ich die Verknüpfung mit einem dritten Bereich, den ich noch kurz ansprechen möchte, und den ich „Außenwissenschaftspolitik“ nenne. Um jedem Verdacht entgegenzutreten, dass wir uns hier in einem schlichten Braindrain beteiligen wollten: Mir geht es nicht darum, dass wir die mit Mühe ausgebildeten jungen Leute in den Ländern der Dritten Welt oder aus Asien abwerben. Es geht aber natürlich um eine stärkere Präsenz des deutschen Wissenschaftsstandortes in der Welt, der uns besser am internationalen Austausch in Wissenschaft und in Forschung teilhaben lässt. Meine Überzeugung ist, das habe ich vor kurzem in einem Kreis von Universitätspräsidenten und Leitern von

Forschungsorganisationen dargestellt, dass wir zu spät ansetzen. Wenn wir versuchen, die ausgebildeten, möglicherweise graduierten, jungen Wissenschaftler für Deutschland zu begeistern, dann ist die deutsche Sprache oft schon eine Hürde, über die wir kaum hinwegkommen. Wir sind dann nicht konkurrenzfähig mit dem englischsprachigen Raum. Deshalb ist mein Eindruck, wir müssen früher ansetzen.

Deshalb bin ich im Augenblick dabei, in Gesprächen mit der deutschen Wirtschaft nach Anreizsystemen zu suchen, wie wir die Absolventen deutscher Schulen im Ausland mit zusätzlichen Incentives für eine weiterführende Ausbildung in Deutschland begeistern können. Als konkrete Möglichkeiten habe ich unternehmensinterne Betriebspraktika, Fortbildungen und Ausbildungen, insbesondere für den Bereich der weniger entwickelten Länder vor Augen, aber natürlich auch verstärkt Angebote, die wir über den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) anbieten könnten, der, Gott sei Dank, jetzt in einer verbesserten finanziellen Lage ist. Nach dem Wechsel in der Führung herrscht dort zudem gerade neue Aufbruchstimmung. Insofern sehe ich auch diesem Bereich mit ganz guten Erwartungen entgegen.

Insgesamt sind wir jetzt, zwei Jahre nachdem wir uns zum ersten Mal hier getroffen haben, deutlich besser aufgestellt. Ich habe den Eindruck, wir müssen in der Öffentlichkeit nicht mehr großartig begründen, warum dies ein wichtiger Teil der deutschen Außenpolitik ist, es besteht weitreichendes Verständnis dafür. Das liegt nicht nur an unserer auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, sondern in der Öffentlichkeit ist die Wahrnehmung dafür gereift, dass wir in einer Vielzahl von internationalen Konflikten zu kurz springen, wenn wir uns auf die traditionellen Instrumente deutscher oder internationaler Außenpolitik beschränken. Es gibt Konflikte, leider in einer wachsenden Zahl, die dieser Bearbeitungsform nicht mehr oder jedenfalls nicht mehr ausreichend zugänglich sind. Deshalb brauchen wir ergänzende Instrumente, mit denen wir immer wieder da, wo die Diplomatie in der Außenpolitik versagt oder wegen Sanktionspolitik gar nicht erlaubt ist, an Brückenpfeilern bauen können, um gegebenenfalls Brücken in Regionen und auf Schauplätze dieser Welt zu schlagen, die wir aus den Augen zu verlieren drohen. Das, glaube ich, ist mittlerweile verstanden worden. Insofern hat sich, schneller als ich dachte, dieser Bereich der Außenpolitik etabliert. Ich darf mich nochmals ganz herzlich dafür bedanken, dass es dafür ein so hohes Maß an Unterstützung aus diesem Haus gibt. Herzlichen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Steinmeier. Diese Unterstützung, in der Tat, werden Ihnen sicherlich alle Kollegen geben, weil wir als Kulturpolitiker und Außenpolitiker wissen, wie wichtig das ist. Ich möchte, bevor wir jetzt zu einer Fraktionsrunde kommen, noch eine Ihrer Vermutungen bestätigen, was den Braindrain angeht. Wir waren kürzlich mit einer Delegation in Indien. Die Inder haben uns ausdrücklich darum gebeten, uns dafür einzusetzen, dass indische Hochschulabsolventen nach dem Ende ihres Studiums in Deutschland unter erleichterten Bedingungen bleiben dürfen. Die haben also nicht die Sorge, dass ihnen Kompetenz entzogen wird, sondern die sagen, es nützt uns, wenn indische Hochschulabsolventen in Deutschland leichter in den Arbeitsmarkt hineinkommen, als das bisher der Fall ist, und deswegen setzen wir uns auch entsprechend ein.

Jetzt liegen mir Wortmeldungen vor zunächst von Frau Prof. Grüters und dann von Herrn Leibrecht.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Herr Außenminister, wir danken Ihnen natürlich, dass Sie uns in diesem Ausschuss besuchen, und Sie haben eben zu Recht, finde ich, dargestellt, dass es einen Paradigmenwechsel im Auswärtigen Amt im Hinblick auf die Kulturpolitik gegenüber Ihrem Vorgänger gegeben hat. In der Tat, das interpretiere ich so und möchte Ihnen dafür nochmals unsere Unterstützung zusagen. Sie haben korrekterweise auch die Leistungen der Kollegen aus dem Haushaltsausschuss erwähnt. Der Unterausschuss auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unerwähnt geblieben, obwohl er es verdient, hier ausdrücklich auch genannt zu werden. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Deutschen Bundestages, dass es einen Unterausschuss für auswärtige Kulturpolitik gibt, in dem Außenpolitiker und Kulturpolitiker sitzen. Das war ausdrücklich so gewollt und hat, glaube ich, mit dazu beigetragen, dass dieses Feld eine entsprechende Würdigung im parlamentarischen Verfahren und nicht nur in der regierungsamtlichen Politik erfährt. Wir würden uns deshalb freuen, wenn Sie auch diesen Ausschuss einmal aufsuchen würden. Ich hoffe, dass ich auch im Namen der anderen Kolleginnen aus diesem Gremium spreche, Frau Dr. Jochimsen, Frau Dr. Eid, Frau Krüger-Leißner, Frau Griefahn und ich, wir alle und Herr Dr. Gauweiler als Vorsitzender freuen uns, wenn Sie kommen.

Ich habe den Unterausschuss deshalb erwähnt, weil es auch ein parlamentarisches Ziel ist, dieses Thema aufzuwerten. Die Strategie zielt darauf, die auswärtige Kulturpolitik nicht nur zu einem Instrument der Friedens- oder Verteidigungspolitik zu machen, wie es die gewohnte Diktion Ihres Vorgängers war, sondern ihr wirklich wieder einen eigenen Stellenwert einzuräumen. Ich glaube, dass das in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich gemeinsam gelungen ist. Dazu gehört unter anderem die von Ihnen erwähnte Strategie, den größten Mittler, nämlich die Goethe-Institute, vor dem beinahe drohenden Kollaps zu retten und neu aufzustellen. Ich möchte Sie bei dieser Gelegenheit außerdem ausdrücklich für eine sehr gelungene Konferenz loben, die vor etwa eineinhalb Jahren in Ihrem Haus stattgefunden hat. Dabei ging es neben strategischen, programmatischen, finanzpolitischen Maßnahmen auch um das inhaltliche Thema: Was verstehen wir eigentlich unter deutscher Kulturpolitik? Was davon wollen wir ins Ausland transportieren? Wie tun wir das? Wie verhält sich die Politik gegenüber den Akteuren vor Ort? Das waren wichtige Fragestellungen, die auf dieser Konferenz klug erörtert worden sind. Es geht ja letztlich auch um ein innenpolitisches Thema. Das erleben wir gerade wieder anhand der jüngsten Debatte über die Frage nach türkischen Schulen, türkisch-deutschen Schulen hier in Deutschland. Die zentrale Funktion der Sprache im jeweiligen Ausland ist im Moment ja nicht ohne Grund ein ganz wichtiges Thema.

Dass es neues Geld gegeben hat als Belohnung für auch schwierige Umstrukturierungsprozesse, haben wir gemeinsam erarbeitet und dass vor allen Dingen auch die Auslandsschulen einen Aufwuchs erfahren haben, haben wir in der Tat gemeinsam bewirkt. Ich glaube aber, dass noch viel zu tun ist. Ich hatte die Gelegenheit, in Italien die dortigen sieben Goethe-Institute zu besuchen. Vier Institute haben übrigens berichtet, dass sie in 50 Jahren noch nie Besuch von einem Mitglied des Bundestages hatten. Wir erlauben uns hier ja schließlich Direktiven, wir erlauben uns ein Mitspracherecht, und wir glauben immer zu wissen, was gut für sie ist, ohne uns auch nur einmal die Mühe zu machen hinzufahren. Italien ist deshalb wichtig, weil dort der Kernbestand unserer kulturellen Wertvorstellungen zu finden ist, weshalb es dort mehr Institute gibt als anderswo. Es gab eine

Grundsatzentscheidung, die wir mit allen fünf Parteien bei der Neustrukturierung der Goethe-Institute gemeinsam gefällt haben: Aufwuchs ja, weil wir in neuen Regionen in Asien, in Indien, China und anderen Ländern tätig werden müssen, ohne aber den westeuropäischen, den mitteleuropäischen Grundbestand, nämlich das, was unser eigenes Werte- und Kulturfundament ist, zu schleifen. Das wird dort halbherzig umgesetzt. Wir haben dort die Budgetierung eingeführt, weil wir glauben, dass das für die Institute vor Ort wichtig ist. Wir haben ihnen erlaubt, überjährig Mittel zu veranschlagen, aber noch wird dieses Instrument nicht ganz korrekt umgesetzt. Wenn Mittel übrig sind für das nächste Jahr, werden die gerne für Einsparungen empfohlen. Ich könnte Ihnen die einzelnen Institute nennen, möchte hier aber die Grundsatzfrage ansprechen.

Ein Zweites: Äußerst fragwürdig ist es nach meiner Auffassung, das Prinzip, Entsandte durch Ortskräfte zu ersetzen, so hartnäckig durchzusetzen wie in Italien. Wir hatten dort einmal zwölf Entsandte, jetzt sind es noch zwei, eine davon geht im September. Das heißt, unsere deutsche Kultur wird ausschließlich auch in Leitungsfunktionen von Italienern vertreten. So tüchtig die sind, was man dort erlebt, ist wirklich beachtlich, aber diese Situation führt dazu, dass wir dort in den lokalen Kulturnetzwerken von Italienern vertreten werden, oder in Frankreich von Franzosen, in Indien von Indern. Das sind dann dort die Repräsentanten für unsere deutsche Kultur. Ich finde das schwierig, muss ich ehrlich sagen, und ich glaube, es lohnt sich, darüber zu diskutieren, denn Ortskräfte kosten auch Geld und die Differenz zwischen den Gehältern lohnt nicht, das zum Grundprinzip zu machen.

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich wichtig finde. Die deutschen Auslandssprachinstitute, also die Goethe-Zentren, wie sie jetzt in Italien heißen, sind aufgefordert worden, eine schwarze Null zu schreiben, sich also stärker wirtschaftlich zu ertüchtigen, nicht mit Subventionen zu arbeiten, sondern die Sprachkurse zu einem Preis anzubieten, mit dem sie wirtschaftlich bestehen können und unabhängig sind. In Italien haben die Sprachinstitute das nach vier Jahren in diesem Jahr geschafft. Das führt aber dazu, dass sich Studenten diese Sprachkurse nicht mehr leisten können. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, dass die Sprachinstitute deshalb auch nicht mehr gemeinsam mit dem Goethe-Institut, das für die Kulturveranstaltungen zuständig ist, auftreten und wahrgenommen werden. Sie sitzen zum Beispiel auch nicht mehr am selben Ort, sondern sind getrennt voneinander. Auch das finde ich schwierig. Es gibt kein Stipendienprogramm. Die Kunden solcher Sprachkurse sind jetzt fast ausschließlich Firmen, deren Mitarbeiter diese dann recht teuren Goethe-Instituts-Sprachkurse bezahlt bekommen. Das sind Probleme, die uns überall in Europa, beispielsweise auch in Paris, wo das Institut neu aufgemacht hat, in Italien an allen sieben Standorten, überall begegnen. Über dieses Phänomen lohnt es sich, finde ich, aus deutscher Perspektive nachzudenken.

Ich möchte ein Drittes sagen. Die zusätzlichen Mittel, die wir, also das Parlament, für die Auslandsschulen locker gemacht haben, werden, so ist der im Moment noch nicht ganz ausgeräumte Verdacht, nicht in vollem Umfang für die Auslandsschulen eingesetzt, sondern fließen zum Teil offensichtlich in den Bereich Goethe-Institute. Das wäre noch zu klären, das finde ich natürlich problematisch. In unseren Herzen schlägt viel Sympathie sowohl für das eine als auch für das andere Politikfeld, aber die Zuweisung muss korrekt erfolgen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal ins Inland schauen. Relativ viel der deutschen auswärtigen Kulturarbeit findet ja auch im Inland statt, weil zum Beispiel Goethe-Institute Sprachkurse im Inland anbieten. Aber es gibt ein zweites, wichtiges Feld, wofür ganz exemplarisch das Berliner Künstlerprogramm des DADD steht. Wenn wir über Verständigung reden, über Integration, über die Kulturnation Deutschland, dann steht solch ein Programm geradezu exemplarisch auch für unser Selbstverständnis hier vor Ort. Die Kulturnation Deutschland lässt sich ganz wesentlich mit zwei Säulen charakterisieren, einerseits Bewahrung des kulturellen Erbes, andererseits nachhaltiges Engagement für zeitgenössische Kunst. Auf diesem Gebiet steht Deutschland weltweit besser da als fast alle anderen Nationen. Mit einem Programm wie dem Künstlerprogramm des DAAD, das zur Hälfte vom Auswärtigen Amt finanziert wird, zur anderen Hälfte vom Berliner Senat, nachdem es uns ursprünglich 1963 von den Amerikanern als Antwort auf den Mauerbau einmal mit einer Million Dollar geschenkt worden war, holen wir internationale Künstler nach Deutschland. Und dieses Programm wird seit Jahren vom DAAD geschleift. Ich glaube, das können wir uns in einer Stadt wie Berlin, gerade angesichts der aktuellen Diskussion, darauf beharre ich, nicht leisten. Es geht dabei vielleicht um eine Stelle, vielleicht um eineinhalb. Das Problem sind in diesem Fall nicht die Projektmittel, sondern ist eine relativ nachlässige Haltung der eigentlich verantwortlichen Seite des DAAD in Bonn und des Berliner Senats. Ich glaube, dass solche, mit einem relativ kleinen Etat laufenden Programme eine ungeheure Wirkung haben. 1.000 Künstler aus aller Welt waren in den letzten 45 Jahren hier, ein Drittel ist geblieben. Es ist das Who is Who der jüngeren Kunstgeschichte und der internationalen Literatur, das mit Berlin-Bezug wieder nach Hause geht oder eben hier bleibt. An dieser Stelle dürfen wir einfach nicht nachlassen. Bei solchen ganz konkreten Programmen, und das erlebt man nur, wenn man sich einmal konkret auseinandersetzt, müssen wir aufpassen. Da müssen wir den Sonntagsreden und den richtigen Paradigmenwechseln wieder eine Stärkung der Eigenständigkeit des kulturpolitischen Auftritts und konkrete Taten folgen lassen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Prof. Grütters. Als nächster spricht für die FDP-Fraktion der Kollege Leibrecht.

Abg. Harald Leibrecht (FDP): Vielen Dank, Herr Minister, für Ihren Bericht, der doch zeigt, welch hohen Stellenwert die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Ihrem Haus hat. Wir begrüßen das ausdrücklich. Als jemand, der sich hauptsächlich mit der Außenpolitik beschäftigt, kann ich nur unterstreichen, was Sie vorhin zu dem Projekt in Burkina Faso gesagt haben. Gerade in Entwicklungsländern, aber auch allgemein in Krisenregionen, kann mit auswärtiger Kulturpolitik tatsächlich mehr bewirkt werden, als man glaubt. Wir hatten unlängst auf Anregung des Unterausschusses eine Regionalkonferenz in Kairo mit den Kulturattachés und Pressesprechern aller deutschen Botschaften im arabischsprachigen Raum. Das war eine ganz hervorragende Sache, vielen Dank dafür, Ihnen, Herrn Kobler, und natürlich dem Goethe-Institut, aber auch dem DAAD, viele waren beteiligt. Es hat sich gezeigt, eine wie wichtige Rolle gerade Kulturpolitik in Krisenregionen spielen kann, dass man mit Menschen noch ins Gespräch kommt, wenn es oftmals diplomatisch nicht mehr so gut geht. Auch hier haben wir, glaube ich, einen ganz guten Beitrag geleistet.

Ich möchte noch ein anderes Thema ansprechen. Die Budgetierung beim Goethe-Institut hat sich bis jetzt bewährt, und meine Frage ist, wieweit sollen auch andere Mittler in dieses System einbezogen werden. Ich finde es sehr gut, dass man mehr Selbstständigkeit, mehr Budgetfreiheit geben kann, um den Leuten vor Ort zu ermöglichen, dass sie schneller mit Projekten auf politische Veränderungen und Entwicklungen reagieren können.

Was Goethe-Institute und die Fremdsprachkurse betrifft, habe ich eine Frage. Dabei geht es um die Deutschzertifikate, die ja vergeben werden und oftmals die Basis dafür sind, dass zum Beispiel jemand, der aus einem Entwicklungsland zu uns reist, ein Visum bekommt. Ich bin vermehrt darauf aufmerksam gemacht worden, habe immer wieder Schreiben erhalten, dass es für Menschen von den Philippinen, aber auch aus anderen Regionen sehr schwierig ist, an solchen Kursen teilzunehmen, weil da regional oft relativ wenig stattfindet. Gibt es nicht die Möglichkeit, dass man mehr und andere Sprachinstitute zertifiziert, damit solche Sprachkurse angeboten werden können? Ein gewisser Qualitätsstandard muss natürlich gewahrt sein, aber es gibt natürlich auch private Anbieter, die solche Kurse anbieten könnten. Wir sind ja auch daran interessiert, dass Menschen durch persönlichen Besuch in unserem Land die Vorzüge Deutschlands kennen lernen.

Zur Deutschen Welle: Was sind hier die Planziele? Ich weiß, dass eine Kooperation mit ZDF und ARD geplant war. Das ist aber bisher an den Finanzen gescheitert. Was ist hier die weitere Planung, werden Gespräche geführt?

Vielleicht ein letzter Punkt, der mir sehr wichtig ist. Bei aller Bedeutung neuer Regionen, der Wachstumsregionen, in denen wir uns mit dem Goethe-Institut und anderen Kultureinrichtungen engagieren, wie sieht es mit den transatlantischen Verhältnissen, mit Amerika aus? Ich besuche ebenso wie meine Kollegen häufig Universitäten. Gerade in Amerika fällt mir auf, dass die Deutschabteilungen immer häufiger geschlossen werden. Sicher, die Prioritäten liegen anderswo, man spricht mehr Spanisch, aber die deutsche Sprache ist doch letztlich Teil der amerikanischen Geschichte. Ich glaube, es wäre wichtig, uns darauf zu besinnen, dass das Verhältnis zu Amerika vielleicht besser würde, wenn sich wieder mehr Menschen für unser Land interessieren.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Leibrecht. Für die SPD-Fraktion hat jetzt die Kollegin Monika Griefahn das Wort. Bitte.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Vielen Dank, Frank-Walter Steinmeier. Ich mache jetzt seit zehn Jahren auswärtige Kulturpolitik, und ich habe in den ersten Jahren immer sehr gestrampelt, a) dass wir die Budgetierung hinkriegen, die wir nun endlich haben, und b) weil immer irgendwelche Krisen abzuwenden waren. Das war ja immer mehr oder minder Aufgabe des Parlamentes, und ich bin die Person, die das die ganze Zeit durchgängig begleitet hat. Ich bin einfach sehr erfreut, dass ich in den letzten zwei Jahren nicht immer Krisen managen musste, sondern auch einmal irgendwo hinfahren konnte, wo es etwas Erfreuliches zu verkünden gab, auch wenn man am Ende das eine oder andere Problem immer wieder mitnimmt. Insofern erst einmal herzlichen Dank für diese andere Stimmung und die Erkenntnis, dass man mit vergleichsweise wenig Geld unglaublich viel erreichen kann, wenn man

sieht, wie viel oder wie wenig Mittel in den einzelnen Instituten tatsächlich zur Verfügung stehen. Das muss man immer wieder deutlich machen.

Noch einmal zur Frage der Budgetierung und ergänzend zur Diskussion über das Gebäudemanagement. Es gab einmal eine Zeit, in der das Finanzministerium darauf drängte, sämtliche Gebäude zu veräußern und möglichst viele Objekte anzumieten. Nun weiß man, dass in sehr vielen Städten dieser Welt, besonders da, wo Goethe-Institute und deutsche Schulen sind, die Grundstückspreise nicht gerade sinken, die Mietkosten auch nicht geringer werden. Es war manchmal eine Milchmädchenrechnung, dass man gute Immobilien verkauft hat. Jetzt sitzt man in irgendeinem Mietobjekt, und die Preise explodieren. Gibt es Bestrebungen oder Möglichkeiten, diese Tendenz wieder umzukehren und zu sagen, wenn wir irgendwo die Möglichkeit haben, etwas zu kaufen, dann tun wir das auch, und sei es im Rahmen eines Contracting-Verfahrens? Wir hätten es dann einfach nicht mehr mit diesen Unsicherheiten zu tun. Das strukturelle Defizit, das wir vor zwei Jahren noch hatten, ist auch durch die hohen Mietkosten entstanden. Die Institute konnten diese Belastungen nicht durch Sparen ausgleichen. Man kann ja noch so viele Sprachkurse anbieten, wenn sich auf einmal die Miete verdoppelt, kann man die Differenz nicht mehr erwirtschaften. Es gilt für viele Bereiche, in denen noch eigene Liegenschaften vorhanden sind, dass man damit besser wirtschaften kann, weil man die Kosten selbst in der Hand hat.

Gerade Burkina Faso hat mich sehr daran erinnert, dass früher die auswärtige Kulturpolitik und die Entwicklungshilfe teilweise parallel gelaufen sind und wir viele Elemente haben, wo beide Bereiche verbunden sind. Im Entwicklungsbereich sind beispielsweise Bildungselemente enthalten und in der auswärtigen Kulturpolitik gibt es Entwicklungselemente. Bildung ist ja ein wichtiger Entwicklungsfaktor. Wie sieht die Perspektive für die nächste Zeit aus, kann man sich vorstellen, diese Kooperation noch zu verstärken oder zu systematisieren? Es sollte eben nicht so sein, dass jeder, dem etwas einfällt, egal wo das gerade ist, sein Projekt macht, sondern, dass man sagt, wir haben eine Idee für den Bereich Bildung, die verwirklichen wir gemeinsam, die Entwicklungspolitik übernimmt einen Teil und die Kulturpolitik einen anderen. Hier würde ich mir ein bisschen mehr an systematischer Zusammenarbeit wünschen.

Bei aller Euphorie, die entsteht, wenn neue Goethe-Institute aufgemacht werden, sehe ich im Bereich Lateinamerika große Probleme. Lateinamerika war traditionell immer stark auf Deutschland ausgerichtet. Das Interesse dort an engen Deutschland-Kontakten war immer groß. Dadurch, dass die deutschen Interessen sich sehr stark auf Indien, China, Asien ausrichten, ist in Lateinamerika das Gefühl entstanden, die Region werde geradezu gedrängt, sich stärker auf die USA zu konzentrieren als das eigentlich gewünscht ist. Die deutschen Schulen dort sind sehr voll. Wir haben sehr viele Absolventen, die sehr gute Kontakte zu uns haben. Ist im kulturpolitischen Programm für dieses und für nächstes Jahr Lateinamerika ein Punkt, wo man sagen muss, da müssen wir auch noch einmal rachhaken? Das ist mir noch nicht ganz klar.

Vierter Punkt. Frau Prof. Grütters sagte vorhin, dass das Geld für die Auslandsschulen nun auch an die Goethe-Institute geht. Frau Grütters, den Einwand verstehe ich insofern nicht, als wir immer schon über die Jahre die Verbindungslehrer an den Goethe-Instituten hatten, die Deutsch in die normalen

Schulen hineingetragen haben. Und das sollen sie ja auch weiterhin, denn wir können nicht überall eigene Schulen aufmachen, sondern wir haben ein großes Interesse daran, dass es auch an den normalen örtlichen Schulen in vielen Ländern einen ausgezeichneten und qualifizierten Deutschunterricht gibt. Dafür braucht man drei Elemente: Man braucht Lehrer, die Deutsch unterrichten können. Das heißt, man muss an der örtlichen Universität eine Deutschfakultät haben, die Lehrer ausbildet. Das haben wir in vielen Ländern nicht. Außerdem braucht man Schulen, die bereit sind, ein Angebot für den Deutschunterricht zu machen, das so attraktiv ist, dass es angenommen wird. Auch dieser Aspekt ist nicht überall gewährleistet. Wir hatten Fälle, in denen sich Leute für Deutsch interessiert haben, die Unterrichtsteilnahme aber beispielsweise so schwer organisatorisch zu regeln war, dass die Betroffenen am Ende gesagt haben, dann nehmen wir doch lieber Spanisch oder sonst eine andere Sprache. An diesem Punkt, sage ich, ist das Geld gut angelegt. Diese Verbindungsarbeit sollten wir stärken und unterstützen, dass auch in den „normalen“ Schulen in dem Gastland Deutsch angeboten wird.

Die auswärtige Kulturpolitik mit Blick auf die USA liegt mir sehr am Herzen. Wir meinen immer, mit diesem Partner kämen wir schon irgendwie klar, aber tatsächlich haben wir festgestellt, dass die gewünschten Dialoge gar nicht stattfinden. Wenn wir uns nur über die politische und diplomatische Ebene mit unseren Kollegen im Parlament austauschen, reicht das nicht aus. Hier würde ich gern hören, welche Ideen es gibt. Danke.

Vorsitzender: Vielen Dank, Frau Griefahn. Jetzt ist die Fraktion DIE LINKE. an der Reihe. Frau Dr. Jochimsen, bitte.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Wir sehen natürlich auch mit großem Interesse, dass sich die auswärtige Kulturpolitik seit 2005 verstärkt hat und von einer vernachlässigten Randzone zu einer wichtigen politischen Entscheidungsebene vorgerückt ist. Das ist sicherlich Ihr Verdienst, und das drückt sich nicht nur in den verbesserten Zahlen aus, sondern auch in einer Bestimmung des Stellenwertes.

Dennoch möchte ich einmal auf ein grundsätzliches Problem auswärtiger Kulturpolitik unseres Landes eingehen und die Friedensfähigkeit der Kulturpolitik im Ausland zur Diskussion stellen. Ich denke, es ist verdienstvoll, wenn man Kulturzentren aufbaut oder mithilft, sie aufzubauen, in Afghanistan Einrichtungen für die Bildung von Mädchen errichtet. Aber, was heißt das dann, wenn man sich anschaut, wie viel Verheerung und wie viel Vernichtung in einem Land wie Afghanistan jeden Tag, jede Woche, jeden Monat festzustellen ist?

Wir haben schon in der Diskussion über ein großes Programm der Bündnisgrünen unter dem Titel „Neujustierung auswärtiger Kulturpolitik“ darüber gesprochen, dass eine der wichtigen grundsätzlichen Säulen auswärtiger Kulturpolitik die Friedenspolitik sein müsste und zwar in zweierlei Weise. Einmal auf der Präventionsebene: Inwieweit kann auswärtige Kulturpolitik Konfliktpotenziale rechtzeitig erkennen und möglicherweise dazu beitragen, sie im Bereich des kulturellen und diplomatischen, politischen Raums zu reduzieren? Zweitens: Inwieweit ist die auswärtige Politik Deutschlands mit der Friedensfrage zu koppeln, mit der Friedensfrage koppelbar oder kompatibel? Von daher, denke ich immer,

ist es äußerst lobenswert, Veranstaltungen im Ausland zu machen, es ist auch unbestreitbar richtig zu sagen, wir wollen mit Kultur Sympathie für Deutschland im Ausland wecken. Aber was nutzt das alles oder wie steht das alles in Relation zu einer auswärtigen Politik, die von Jahr zu Jahr weniger friedensfähig ist und mehr militärisch wird? Das ist meine Frage.

Vorsitzender: Als Letzte in der Fraktionsrunde, Frau Kollegin Dr. Eid für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte.

Abg. Dr. Uschi Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An sich müssten die Koalitionsfraktionen dem etwas entgegensetzen. Deshalb nur soviel: Wenn man die auswärtige Politik ernsthaft verfolgt, gerade auf der Grundlage unserer heutigen Debatte zu Afghanistan im Auswärtigen Ausschuss, dann ist das, was Sie, Frau Dr. Jochimsen, sagen – ich schätze Sie sonst sehr – einfach Unsinn. Wir streiten darum, wie man Afghanistan zivilgesellschaftlich oder kulturpolitisch und wie auch immer diplomatisch unterstützt, und wir sind uns alle einig, dass nicht das Militärische das Entscheidende ist, sondern der Wiederaufbau. Aber der Wiederaufbau ist nicht möglich, wenn die Menschen nicht auf den Acker gehen, weil sie Angst haben, dass sie dort erschossen werden von denen, die das Land weiterhin destabilisieren wollen. Das ist hier eigentlich nicht das Thema, aber Ihre Äußerungen ärgern mich gerade auf der Grundlage der heutigen Debatte im Auswärtigen Ausschuss.

Die auswärtige Kulturpolitik wandert bei der Frage, ist auswärtige Kulturpolitik ein Instrument der Außenpolitik, auf einem sehr schmalen Grat. Ich sage Ja, aber auswärtige Kulturpolitik hat auch einen Eigenwert. Diese Balance zu wahren, finde ich wichtig. Deshalb wünsche ich dem Außenminister und der zuständigen Abteilung, dass ihnen diese Balance gelingt. Ich sehe Sie auf einem guten Weg, aber ich glaube, man muss sich darüber klar sein, dass beide Aufgaben da sind, es also auch um Eigenständigkeit und Eigenwert der Kultur geht. Wenn man meint, Kultur könnte man stets zur Versöhnung einsetzen, dann verkennt man, dass Kultur sich selber in der Regel eher als Provokation versteht. Kultur, Fotografie, Filme, Ballett sind sehr oft provokativ. Das muss man als Eigenwert akzeptieren und kann den Anspruch an solche Kunst- und Kulturdarbietungen nicht überhöhen.

Ich muss natürlich einiges zur auswärtigen Kulturpolitik der Vorgängerregierung sagen. Ich glaube, Ihr Gedächtnis ist ziemlich kurz. Es gibt aus dem Jahr 2000 die so genannte „Konzeption 2000“, die von der rotgrünen Bundesregierung ausgearbeitet worden ist und in der sich alle Beteiligten sehr breit und intensiv mit einer Neukonzipierung der auswärtigen Kulturpolitik beschäftigt haben. Ich sehe hier genau das gleiche Verhalten wie in der Entwicklungspolitik. Etwas wird nur als Erfolg anerkannt, wenn es mehr Geld gibt. Natürlich kann man ohne Geld nicht sehr viel ausrichten. Das ist richtig. Aber diese „Konzeption 2000“ ist heute immer noch eine Grundlage der Prinzipien der auswärtigen Kulturpolitik. Dass sich der damalige Außenminister in der Kabinettdisziplin untergeordnet hat, als es darum ging, bei knappen Haushaltskassen zu sparen, ist natürlich. Manche Teile der SPD schämen sich heute, dass es unter der rotgrünen Regierung eine Reformpolitik gegeben hat, aber deswegen fließen heute die Steuern wieder stärker.

Ich bin dem Außenminister ausgesprochen dankbar, dass Sie, Herr Dr. Steinmeier, dieses Mehr an Geld, das jetzt wieder zur Verfügung steht, schwerpunktmäßig in die auswärtige Kulturpolitik fließen lassen. Ich bedanke mich auch, dass Sie auf Ihren Reisen der auswärtigen Kulturpolitik einen ganz hohen Stellenwert beimessen. Ich glaube, dass die Wiedereröffnung des Goethe-Instituts in Togo, die Neueröffnungen in Angola und in Tansania richtig gute Zeichen sind. Ich freue mich auch, dass, weil es mehr Geld gibt, neue Goethe-Institute eröffnet werden können, ohne dass andere geschlossen werden müssen, denn es hat mir immer Sorgen gemacht, dass man unter Umständen auf Kosten europäischer Institutionen woanders expandiert. Das ist im Moment, Gott sei Dank, nicht notwendig. Aber auch für die Zukunft habe ich die herzliche Bitte, die europäischen Institute nicht zu schließen zugunsten von Neueröffnungen in neuen Wachstumsregionen.

Auch die transatlantischen Beziehungen halte ich für außerordentlich wichtig. Ich möchte aber einen anderen Aspekt einbringen. Ich habe die große Sorge, dass die Wertvorstellungen zwischen Deutschland und Europa auf der einen Seite und den USA auf der anderen Seite immer weiter auseinanderdriften. Wie wir Konflikte in dieser Welt interpretieren und welche Lösungsvorschläge wir haben, um diesen Konflikten zu begegnen, wird in Europa anders als in den USA gesehen. An dieser Stelle entwickelt sich eine ziemlich große Differenz, sehe ich eine Kluft zwischen den USA und uns. Die auswärtige Kulturpolitik hat an dieser Stelle die große Aufgabe, im Dialog diese Wertedifferenz zu vermindern. Ich glaube, dass wir uns hier im Ausschuss oder auch im Unterausschuss alle einig sind, dass wir da etwas machen müssen.

Auswärtige Kulturpolitik versteht meine Fraktion nicht als Einbahnstraße, nämlich, dass man anderswo Kulturarbeit fördert, sondern als kulturelle Zweibahnstraße. Ich bin dankbar, dass zum Beispiel das Afrika-Festival in Würzburg vom Auswärtigen Amt mit unterstützt wird, dass es das Ausstellungsprogramm der ifa-Galerie gibt und das Haus der Kulturen der Welt. Ich habe aber, und da möchte ich eine Bitte vortragen, im letzten Jahr für meine Fraktion drei Veranstaltungen mit Kunstschaffenden aus der afrikanischen Diaspora in Berlin gehabt. Dabei wurde mir das Problem bewusst, dass es hier interessante Kulturinitiativen gibt, man aber nach einem ganz bestimmten Muster Projekte beantragen muss, die dann immer sehr institutionennah sind. Das heißt, man perpetuiert dadurch ein bestimmtes Format. Es gibt aber eigenständige Ansätze, es gibt innovative Ansätze. Deshalb lautet einfach meine Bitte, darüber nachzudenken, da ein bisschen freier, flexibler zu werden, wenn es darum geht, solche Initiativen von außen ins Goethe-Institut oder ins ifa zu integrieren.

Vorsitzender: Liebe Frau Dr. Eid, darf ich Sie im Hinblick auf die Zeit um Kürze bitten?

Abg. Dr. Ursula Eid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Letzten beißen die Hunde, ich weiß. Ich habe nur noch ein Anliegen. Ich stimme mit Frau Griefahn überein, dass man Entwicklungskooperation und auswärtige Kulturpolitik stärker verzahnen muss. Ich möchte aber vor einem Problem warnen. Experten in der Entwicklungskooperation haben oft eine eher sozialpädagogische Haltung. Das möchte ich bei der auswärtigen Kulturpolitik vermeiden. Es kann nicht angehen, dass die auswärtige Kulturpolitik Straßentheater zur Aids-Vermeidung oder Ähnliches finanziert. Das wird an anderer Stelle gemacht. Ich glaube, dass man da einen guten Weg finden, aber auch sehr vorsichtig sein muss.

Vorsitzender: Vielen Dank, auch für Ihr Verständnis, Frau Dr. Eid. Jetzt möchte ich ganz schnell, damit wir keine Zeit verlieren, Herrn Dr. Steinmeier bitten, auf die vielen aufgeworfenen Fragen zu antworten.

Dr. Frank-Walter Steinmeier (Minister des Auswärtigen): Häufig waren es keine Fragen, sondern eher Kommentierungen, die alle ihren Anlass haben. Ich verstehe auch viele Anregungen und Fragen, etwa: Wie stellt ihr euch in der transatlantischen Kulturpolitik neu auf? Das sind Themen, die wir gerade erst mit einer großen Runde Kulturmittler erörtert haben. Die Frage ist nicht ganz einfach zu beantworten. Sie selbst sind wahrscheinlich auch schon verschiedene Male bei unseren Freunden im Goethe-Institut in New York gewesen. Sie haben, glaube ich, vorhin zu Recht von der Eigenständigkeit des kulturellen deutschen Auftritts gesprochen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort werden Ihnen berichten, dass es im New Yorker Umfeld ausgesprochen schwierig ist, mit öffentlichen Mitteln einen eigenständigen deutschen Kulturauftritt zu präsentieren, der neben den vielfach ja auch privat geförderten, von Unternehmen geförderten und neben den mit uns konkurrierenden Kulturauftritten anderer Nationen stattfindet. Wir stellen uns diesem Wettbewerb, das ist keine Frage, aber möglicherweise entspricht die Sichtbarkeit nicht immer ganz dem, was wir uns vorstellen könnten. Nur, der Anspruch wird nicht aufgegeben, dass wir uns um die Eigenständigkeit dieses deutschen Kulturauftritts bemühen.

Alle Kulturmittler, die in dieser Diskussionsrunde um Herrn Kobler versammelt waren, haben jedenfalls versichert, dass sie sich auch unter diesem Gesichtspunkt noch einmal neu der Frage einer Konzentration ihrer Möglichkeiten in den USA widmen wollen. Also, das Problem ist erkannt, ohne dass ich Ihnen jetzt schon für jede Kulturmittlerorganisation sagen könnte, wie sie sich neue Aktivitäten, insbesondere in den USA, aber auch in Kanada, vorstellen könnte.

Lateinamerika ist eine Region, die uns kulturell viel näher ist, als viele von uns wissen. Viele Menschen dort bekennen sich gern zu den europäischen und zu den deutschen Wurzeln. Es ist eine Region, die wir ganz ohne Zweifel etwas aus den Augen verloren haben. Deshalb habe ich schon zu Beginn meiner Amtszeit zugesichert, mindestens einmal im Jahr nach Südamerika zu reisen. Außerdem versuchen wir mindestens einmal im Jahr, ein Highlight im Bereich des kulturellen Austausches zu platzieren. So haben wir nach der letzten Südamerika-Reise ein kleines argentinisches Filmfestival in Berlin am Hackeschen Markt veranstaltet mit einigen wenigen ausgewählten argentinischen Filmen. Es lief bewusst außerhalb der Berlinale, um Sichtbarkeit zu gewährleisten. Immerhin, so etwas gelingt. Aber wir sind nicht nur mit der professionellen Kulturpolitik, sondern wir sind insgesamt in Südamerika zu wenig präsent. Das ist ein Problem der Entfernung, das weiß ich wohl. Aber es liegt auch daran, dass die wirtschaftlichen Verbindungen sich leider nicht so dynamisch entwickelt haben, wie das eigentlich von den Voraussetzungen her möglich sein könnte. Ich glaube, das wird sich ändern, weil Staaten wie Mexiko und Brasilien in den nächsten Jahren mit ihren mächtig wachsenden Volkswirtschaften verstärkt den Weg zu uns suchen werden und hier, auf dem europäischen Markt, auch mit ihrem eigenen Kulturauftritt wesentlich präsenter sein werden. Insofern glaube ich, dass sich neue Ansatzpunkte für Austauschmöglichkeiten bieten. Es geht nicht mehr nur um den deutschen kulturpo-

litischen Auftritt in Südamerika, sondern mit einzelnen latein- und südamerikanischen Staaten wird es einen stärkeren Austausch geben.

Zur Budgetierung möchte ich noch keine endgültigen Erfahrungsberichte abgeben. Wenn ich im Ausland unterwegs bin, frage ich in den Goethe-Instituten immer: Kommt ihr damit zurecht? Und ich habe den Eindruck, die Institute kommen besser zurecht, als wir befürchtet haben. Ich habe den Eindruck, dass wir die Mitarbeiter und die Leiter der Goethe-Institute in der Vergangenheit eher unterfordert haben, als dass wir sie jetzt überfordern. Die neue Flexibilität jedenfalls ist angekommen. Die Ausweitung dieser Erfahrungen auf andere Mittlerorganisationen will ich gern überlegen, nur, die Fragestellung ist bei den anderen Kulturmittlern durchaus eine andere. Die Erfahrungen des Goethe-Instituts kann man nicht eins zu eins auf den DAAD oder die Alexander von Humboldt-Stiftung übertragen, denn dort ist zentrale Koordinierung aus meiner Sicht nach wie vor erforderlich. Ich sehe wenig Sinn darin, dass wir diese Aufgabe regionalen Untereinheiten überantworten. Wir haben gar keinen Wasserkopf, sondern es gibt eine Zentrale, die weltweit operiert. Deshalb drängt sich mir im Augenblick nicht auf, auf welche andere Kulturmittlerorganisation wir das Instrument der Budgetierung eins zu eins übertragen sollten.

Das bringt mich zum nächsten Problem, zur Nachbarschaft zwischen Entwicklungszusammenarbeit und kultureller Zusammenarbeit. Diese Nachbarschaft gibt es, und wahrscheinlich müssen wir zugeben, dass die Abstimmung in der Vergangenheit nicht immer die beste war und dass es für die Zukunft keine Garantie gibt, dass es nur abgestimmte Entwicklungszusammenarbeit und abgestimmte auswärtige Kulturpolitik geben wird. Wir haben als Auswärtiges Amt das Thema gerade mit der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) diskutiert. Der Geschäftsführer der GTZ ist gern bereit, im Hinblick auf den Auftritt in der Entwicklungszusammenarbeit und in der kulturellen Zusammenarbeit mit uns zu kooperieren. Gerade in den Ländern Afrikas und den ärmeren Regionen Asiens ist es sinnvoll, hier verzahnter aufzutreten, als wir das in der Vergangenheit getan haben. Ein Projekt, wie das Fußballprojekt für Jugendliche in Burkina Faso, das ich am Anfang genannt habe, ist so ein Beispiel dafür, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit und der kulturellen Zusammenarbeit zusammen fließen zu lassen.

Außerdem will ich noch erwähnen, was vielen von Ihnen sicher im Gedächtnis geblieben ist. Wenn ich mich recht erinnere, war es im vergangenen Jahr, dass uns in den Vereinigten Arabischen Emiraten zum ersten Mal ein gemeinsamer Auftritt von mehreren Mittlerorganisationen gelungen ist. Der eine oder andere von Ihnen war dabei, als wir dort das gemeinsame Regionalbüro von GTZ, DAAD und Goethe-Institut eingeweiht haben. Ich sage nicht, das ist jetzt das Modell für den Rest der Welt. Aber wir schauen uns einmal an, ob ein solcher gemeinsamer Auftritt von in Nachbarschaft arbeitenden Organisationen auch für andere Regionen beispielhaft sein könnte. Aus meiner Sicht wäre der konzentrierte Auftritt der Mittlerorganisationen – vielleicht sogar, zugespitzt formuliert, in deutschen Häusern – die sichtbarste Form des deutschen Auftritts in diesen Ländern.

Was die Friedensfähigkeit der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik angeht, so verstehe ich im Grunde genommen die Kritik nicht, jedenfalls verstehe ich sie dann nicht, wenn man uns unterstellt, wir würden die Kultur zweckbestimmt in Dienst nehmen. Den Respekt vor der Eigenständigkeit der

Kultur können Sie mir zutrauen und den Mitarbeitern, die das Thema bei uns verantwortlich betreuen, auch. Ich will Ihnen erzählen, wie ich Herrn Kobler kennengelernt habe, nicht als Diplomat des auswärtigen Dienstes in Berlin, sondern bei meinem Besuch der Buchmesse in Kairo, und nicht zu irgendeinem Zeitpunkt, sondern während des Höhepunktes des Karikaturenstreites. Herr Kobler war Botschafter in Kairo. Man muss in einer Situation, in der sich ein solcher Konflikt international zuspitzt, ein Signal setzen, deutlich machen, dass man der weiteren Eskalation dieses Konfliktes keinen freien Lauf lässt. In einer solchen Situation muss man bewusst in die Region gehen, durch Reden, Gespräche und Diskussionen deutlich machen, warum man den Konflikt für falsch hält, aber auch nicht zulassen darf, dass er von anderer Seite instrumentalisiert wird. Das gelingt in solchen Situationen. Und das empfinde ich nicht als in Dienststellung von Kulturpolitik. Hier geht es vielmehr um kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten, über die ich politische Haltungen transportieren kann. Wenn das eine Haltung der Offenheit, der Dialogfähigkeit ist, die wir selbst zeigen, aber auch von anderen erwarten, dann, finde ich, ist das ein vertretbarer Umgang mit Kultur im Ausland. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Dr. Steinmeier. Ich muss leider die drei Kollegen, die sich noch gemeldet haben, um Verständnis dafür bitten, dass der Außenminister neben dem Besuch im Kulturausschuss noch ein paar andere Aufgaben hat und uns deswegen verlassen muss. Er ist ja immerhin etwas länger als eine Stunde geblieben. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg im Interesse Deutschlands und im Interesse der Kultur. Ich bedanke mich bei Ihnen und freue mich, dass wir einen Außenminister haben, der auch kulturell in Berlin sehr präsent ist. Das freut mich besonders als Kulturpolitiker. Herrn Kollegen Grindel und die anderen bitte ich um Verständnis, dass wir unsere Tagesordnung jetzt mit anderen Tagesordnungspunkten weiterführen müssen.

Ich bedanke mich bei allen Besucherinnen und Besuchern sowie bei den Kolleginnen und Kollegen des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik für Ihren Besuch.

Tagesordnungspunkt 1b

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 2006/2007

BT-Drucksache 16/7086

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Schluss des öffentlichen Teils der Sitzung: 16:50 Uhr

Hans-Joachim Otto, MdB
Vorsitzender